

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner



Anzeiger

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 täglich 1.— RM., frei Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer

täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 6 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur 551.

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn
Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 116

Dienstag, den 20. Mai 1941

93. Jahrgang

Die Weltbeherrschung durch die Angelfachsen

Der frühere französische Minister Spinasse über die amerikanischen Ambitionen

DNB. Genf, 19. Mai. „Es handele sich nicht um eine Hilfe für England, sondern um ein groß angelegtes Unternehmen zur Erringung der Weltbeherrschung“, schreibt einer Meldung aus Vichy zufolge der frühere Minister Spinasse in der Zeitung „Effort“ mit Bezug auf die Vereinigten Staaten. Alle Maßnahmen des Präsidenten Roosevelt seit einem Jahr, so schreibt er, zeigten offenkundig, daß sich die Vereinigten Staaten als die Nachfolger des britischen Imperiums betrachten. Die amerikanischen Ambitionen, die sich bisher in gewissen Grenzen hielten, überschritten nunmehr jedes Maß in der amerikanischen Presse und sogar in offiziellen Meldungen. Dabei enthielten sich diese Ambitionen in ihrer ganzen Schamlosigkeit und Brutalität. Hinter den großen Phrasen, die dazu bestimmt seien, die amerikanische Bevölkerung zu täuschen, oder besser gesagt, in eine bestimmte Richtung zu lenken, seien die wahren amerikanischen Pläne zu erkennen.

Die Weltbeherrschung durch die Angelfachsen, so erklärt der Autor weiter, sei auf der Beherrschung der großen Seestrafen begründet. Hinzukomme das eifersüchtig gehütete Monopol der Hauptrohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Erdöl usw. sowie der Goldstandard, der den armen Völkern auferlegt sei wie die Kette den Schwerverbittern. Das seien die Mittel, mit denen die Angelfachsen die Welt beherrschen, und diese Mittel wolle Amerika in den Händen behalten, mögen die Europäer

auch daran zugrunde gehen. Das heiße „die Freiheit der Völker verteidigen“.

Vor einem Währungsabkommen USA. — Kanada.

DNB. Berlin, 19. Mai. Einer Meldung der „New York Herald Tribune“ zufolge hat der amerikanische Finanzminister Morgenthau erklärt, daß gegenwärtig Verhandlungen mit Vertretern des kanadischen Finanzministeriums zwecks Schaffung eines Währungsstabilisierungsabkommens geführt werden.

Man wird sich dabei unwillkürlich der Tatsache erinnern, daß derselbe amerikanische Finanzminister Morgenthau noch vor wenigen Wochen Meldungen über den bevorstehenden Abschluß eines nordamerikanisch-kanadischen Währungsabkommens scharfsinnig dementierte und in den Bereich des Unmöglichen verwies. Morgenthau zeigt sich also als ein gelehriger Schüler der Methoden seines Präsidenten, der bekanntlich auch die Vereinbarungen mit England über die Ueberlassung von Stützpunkten zunächst energisch dementierte, um wenige Tage später die vollkommene Tatsache der Dementierung mitzuteilen. Das neue Währungsabkommen, das jetzt abgeschlossen werden soll ist naturgemäß ein weiterer Schritt zur Unterstellung Kanadas unter die Wirtschaftshoheit der Vereinigten Staaten.

Getarnter USA-Imperialismus

Den Kriegshebern jenseits des Ozeans ist jedes Mittel recht, wenn sie es für die Ausprägung der Volksmeinung gegen die autoritären Staaten mißbrauchen können. Der neueste Hehfeldzug der USA-Staatsmänner ist auf die Wirtschaftspolitik abgestellt. Den Anlaß dazu bot die sogenannte amerikanische Außenhandelswoche, die von Roosevelt und seiner Clique zu einer ebenso dummdreisten wie unerschämten Kriegshehe gegen Deutschland ausgenutzt wird. In einer Botschaft an das amerikanische Volk erhebt der Präsident gegen die autoritären Mächte den ungeheuerlichen Vorwurf, daß sie die Weltwirtschaft in ein Chaos gestürzt hätten. Im Gegensaß dazu feiert er die Vereinigten Staaten als den „Verteidiger der demokratischen Grundzüge“ und schreibt ihnen in seiner sprichwörtlichen Annahme die Rolle zu, der liberalen Wirtschaftspolitik in der Welt wieder zum Siege zu verhelfen.

Inzwischen hat der USA-Staatssekretär Hull seinen Präsidenten noch zu übertrumpfen versucht, indem er den Völkern nicht nur Weltbeherrschungspläne und Angriffsabsichten auf Amerika zuzieht, sondern sie auch der „räuberischen Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichen Ausbeutung“ beschuldigt. Nicht genug damit, spielt sich Hull wie üblich als Sittenrichter und Lehrmeister auf, indem er sich für befugt hält, der Welt die „Grundlagen“ für eine Weltwirtschaftsordnung nach dem Kriege eindringlich zu empfehlen, wobei er es an gemeinen Ausfällen gegenüber den Völkern nicht fehlen läßt.

Was gibt den amerikanischen Weltverbesserern das Recht, sich in dieser anmaßenden und unerschämten Art in europäische Dinge einzumischen? Gerade die Amerikaner hätten allen Anlaß, auf wirtschaftspolitischen Gebiet sich die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Ist doch nirgends das Wirtschaftselend so groß wie gerade in dem Land, in dem die liberale Wirtschaftsauffassung Roosevelts ihre Triumphe feiert. Glaubt man denn in Washington, daß die Welt ganz und gar verfallen hat, daß es in den Vereinigten Staaten über 12 Millionen Arbeitslose und in Deutschland 7 Millionen Erwerbslose gab zu einer Zeit, als die nationalsozialistische Bewegung noch gar nicht die Macht übernommen hatte. Der Nationalsozialismus konnte also niemals an der Zerrüttung der Weltwirtschaft schuld sein. In Wirklichkeit hat die damals herrschende liberale Weltwirtschaftspolitik dieses gewaltige Chaos herbeigeführt. Bereits mit Ende des Krieges war die sogenannte demokratische Weltwirtschaft zerrüttet und wurde dann durch das Versailler Diktat in ihren Grundfesten vernichtet.

Was haben denn die Vereinigten Staaten damals getan, um dieser Weltwirtschaftskrise abzuhelfen? Haben sie die ihnen zur Verfügung stehenden riesigen Hilfsmittel wirklich zum Nutzen der Gesamtwirtschaft eingesetzt? Nichts von alledem. Wohl hat seinerzeit Roosevelt unter dem Stichwort „New Deal“ eine wirtschaftliche Neuordnung bombastisch angekündigt und Hunderte von Gesetzen und Verordnungen in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft herausgegeben, aber alle Maßnahmen sind infolge der Unfähigkeit des „Verteidigers der liberalen Wirtschaft“ in den USA, jümmertlich geblieben. Nach wie vor gibt es ein Millionenmeer von Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten, immer noch lebt der größte Teil der Farmer in großer Verschuldung, ja, mehr als ein Drittel der 130 Millionen betragenden Bevölkerung der USA ist — nach dem persönlichen Geständnis Roosevelts — nicht in der Lage, sich anständig zu kleiden. Und dieses Wirtschaftselend magt man als müßiggütig der Welt anzupreisen und als vorbildliches Programm für die Zukunft hinzustellen! Die eigenen Fehler sehen diese Weltverbesserer nicht. Dafür machen sie sich an, das nationalsozialistische Deutschland, das sich nach der Machtergreifung entschlossen von den Grundfäden der liberalen Wirtschaftsführung losgesagt und wirtschaftliche und sozialpolitische Erfolge in nie geahntem Ausmaß erreicht hat, mit niedrigsten Beschimpfungen zu schmähnen und zu verkleumen.

Hinter diesem gemeinen Hehfeldzug verbergen sich offenbar ganz bestimmte politische Absichten. Roosevelt, der von den jüdischen Bankiers und Börsenmagnaten in USA, auszuweichen ist, die internationale Finanzherrschaft des Judentums zu verewigen, treibt auf Befehl seiner jüdischen Auftraggeber eine imperialistische Wirtschaftspolitik reinster Art. Sein Ziel geht dahin, nicht nur Südamerika und weite Gebiete des Pazifischen Ozeans, sondern auch Teile von Europa, wenn nicht den ganzen Kontinent, unter den wirtschaftlichen Einfluß eines neuen diktatorischen Weltzentrums zu bringen. An die Stelle von London, das in den Augen der internationalen Finanzwelt schon abgedacht ist, soll New York treten, das gewissermaßen das Erbe Englands antreten soll. Die jüdischen Geschäftsmacher in USA, wittern Morgenluft. — Schon ist ihnen durch den Lauschaubandel gegen 50 alte Zerstörer ein wichtiger Teil der überseeischen Verschuldung Englands in den Schoß gefallen, und schon spinnen sie allerhand „Geschäftsverbindungen“ mit den britischen Dominions Kanada, Australien und Südafrika an. Diesen „Kapitalzuwachs“ für das USA-Geschäft ganz zu gewinnen, das ist in Wahrheit das Ziel Roosevelts und seiner jüdi-

Die Ausbeuter als Ankläger

Unverschämte Hege des USA-Staatssekretärs Hull.

Nach Roosevelts nimmt auch Staatssekretär Cordell Hull die Gelegenheit der sogenannten Außenhandelswoche wahr, um die Panikmache, durch die das amerikanische Volk für die Ziele der Hege geneigt gemacht werden soll, fortzusetzen.

„Das Hauptziel der Völkermächte“, so erklärt Hull nach dem üblichen Schema dabei, „sei die Weltbeherrschung. Diesen Plänen müsse durch hinreichende Unterstützung Englands Einhalt geboten werden oder Amerika befände sich bald umringt von Angreifern und werde alleinstehend zum Kampf um seine nationale Existenz gezwungen sein.“

Ebenso sinnlos und ohne auch nur den Versuch eines aufgestellten Beweises ist die Behauptung Hulls, „die räuberische Politik und Methode der totalitären Staaten habe statt eines Systems wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein System wirtschaftlicher Ausbeutung geschaffen.“

Mit dieser verlogenen Gehässigkeit übertrifft Hull noch die Verdrehungen und Annahmen der Rooseveltischen „Botschaft“. Bei allen Handelsverträgen, die das nationalsozialistische Deutschland geschlossen hat, ist von seinen Partnern stets unumwunden anerkannt worden, daß sie auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aufgebaut sind. Die Sauberkeit dieser Verträge und ihrer Durchführung hat darum auch in den meisten Fällen zu tieferen politischen Bindungen geführt. Hull übersteht gekümmert, daß Deutschland immer bereit war, sich in den Weltmarkt einzuflechten und sich nur darum in stärkstem Maße auf seine eigenen wirtschaftlichen Kräfte besinnen mußte, weil man ihm durch kräftigen Boykott verweigern wollte, an dem allgemeinen Güteraustausch teilzunehmen.

Ganz abgesehen von der sprichwörtlichen kolonialen Ausbeuterpolitik gewisser demokratischer Nationen gibt es kaum ein Volk, das so von ihnen ausgeraubt und ausgezogen wurde wie das deutsche. Der Dawes-Plan, der Young-Plan und das Hoover-Moratorium waren dafür die berüchtigten Methoden dieser Demokratie. Nun, da Deutschland sich gegen diese Ausbeuterpolitik zur Wehr setzt, glaubt Hull rufen zu müssen: haltet den Dieb!

Wirtschaftsverlager entwirft Weltprogramm

Angeichts dieser Tatsache wirkt es geradezu verbohrt, wenn Hull für die Regierung der USA, die nicht nur nach 1918 zu dem allgemeinen wirtschaftlichen Chaos in der Welt maßgebend beigetragen haben, sondern nicht einmal in der Lage sind, im eigenen Land Ordnung zu schaffen, „Grundlagen der Weltwirtschaft nach dem Kriege“ zu bestimmen. Hull zählt dafür fünf Punkte auf:

1. Uebermäßiger Nationalismus dürfte nicht wieder in übermäßigen Handelsbeschränkungen Ausdruck finden.
2. Keine Diskriminierung bei internationalen Handelsbeziehungen.
3. Rohstoffe müssen allen Ländern gleich verfügbar sein.
4. Internationale Vereinbarungen zur Regelung der Rohstoffversorgung müssen derart sein, daß die Belange der Verbraucherländer voll geschützt seien.
5. Die internationale Finanz müsse so organisiert werden und sich so betätigen, daß sie zur Entwicklung aller Länder und deren lebenswichtiger Unternehmungen beitrage.

Was die ersten vier Punkte angeht, so kann nur gesagt werden, daß sie von Deutschland schon vor 1933, als es noch unter den Fesseln des Versailler Diktats lag, immer wieder als Forderung aufgestellt wurden. Damals aber gehörten die USA mit zu den Staaten, die sich gegen ihre Verwirklichung mit allen Kräften einsetzten.

Hinter dem Verlangen einer uneingeschränkten Betätigung der internationalen Finanz aber spürt man allzu deutlich den Wunsch der jüdisch-verseuchten Wall-Street. Das nationalsozialistische Deutschland ist froh, die Parasiten der Börsenjobber abgeschüttelt zu haben und legt keinen Wert darauf, mit ihnen wieder Bekanntschaft zu machen.

Hull schließt seine Rede: „Wir glauben, daß eine schädnere und gedeihlichere Welt geschaffen werden kann. Wir haben die Werkzeuge, die Mittel, den Verstand und die Hände dazu.“

Deutschland hat bereits die Schritte dazu getan, das in Europa Wirklichkeit werden zu lassen, was im Munde des USA-Staatssekretärs nur leere Worte sind, um die eigenen kapitalistischen Ziele zu verdecken.

Chinesische Zeitung über die britischen Niederlagen im Irak.

DNB. Schanghai, 19. Mai. (Stasiendienst des DNB.) Die Unfähigkeit des englischen Militärs und die Mißgriffe der traditionellen Kolonialpolitik Englands sind nach Ansicht der in Schanghai erscheinenden Zeitung „Schunpac“ die Ursache der britischen Niederlagen im Irak. In der britischen Kolonialpolitik, schreibt das Blatt, seien schwere Fehler gemacht worden. Sobald die panamerikanische Bewegung heute England als Feind ansehe und dadurch die Schwierigkeiten Großbritanniens im Irak weiter erhöhe.

Glückwünsche des Führers zum Unabhängigkeitstag Cubas.

DNB. Berlin, 20. Mai. Der Führer hat dem Präsidenten von Cuba zum Unabhängigkeitstag Cubas drallich seine Glückwünsche übermittelt.

Australien darf bluten und bezahlen

Wie Reuters aus Sydney meldet, dürften sich die Kriegsausgaben Australiens im neuen Haushaltsgegenüber dem vorhergehenden um 180 Millionen Pfund erhöhen. „Allem Anschein nach“, so bemerkt Reuters, „werde der neue Staat ein Refordbrecher sein.“

Nach dem militärischen „Müßiggänger“ in Griechenland der peluniäre „Refordbrecher“! Die australische Dementierung wird sich freuen, daß die Londoner Kriegsheher sie so blutig einzuspannen wissen.

75 000 syrische Pfund für den Irak

Das syrische Note Kreuz hat eine Zeichnungsliste zugunsten der irakischen Kriegsberrundenen aufgelegt. Bisher sind 75 000 syrische Pfund gezeichnet worden.

